Bundesgesetzblatt

Teil II G 1998

2017 **Ausgegeben zu Bonn am 12. Januar 2017** **Nr. 1**

Tag	Inhalt	Seite
6. 1.2017	**Gesetz zu dem Abkommen vom 31. Mai 2013 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerrat der Republik Albanien über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich** ... GESTA: XB005	2
6. 1.2017	**Gesetz zu dem Abkommen vom 9. Juli 2014 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Georgien über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, des Terrorismus und anderer Straftaten von erheblicher Bedeutung** ... GESTA: XB006	10
6. 1.2017	**Gesetz zu dem Abkommen vom 22. März 2016 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Serbien über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich** ... GESTA: XB007	16
13.12.2016	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen ...	24

Hinweis

Die Angaben unter einer Überschrift bedeuten:

FNA: Fundstellennachweis A mit den maßgeblichen Gliederungsnummern

Der seit 1952 jährlich vom Bundesministerium der Justiz herausgegebene Fundstellennachweis A – Bundesrecht ohne völkerrechtliche Vereinbarungen –, jeweils abgeschlossen am 31. Dezember eines jeden Jahres, kann als jährliches Druckstück bis einschließlich der Ausgabe mit Stand 31. Dezember 2011 bei der Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, oder über den Buchhandel bezogen werden. Er ist seit 2012 nicht mehr in gedruckter Fassung erhältlich und steht jetzt auf der Internetseite der Bundesanzeiger Verlag GmbH (http://www.bundesgesetzblatt.de) über den kostenlosen Bürgerzugang im PDF-Format zur Verfügung. Der Fundstellennachweis A zum Stichtag 31. Dezember 2016 wird voraussichtlich im Laufe des ersten Quartals 2017 hier ebenfalls eingestellt.

GESTA: Dokumentation „Stand der Gesetzgebung des Bundes“ mit der maßgeblichen Ordnungsnummer

Die vom Deutschen Bundestag seit 1973 – ursprünglich als Loseblattwerk, dann im Internet als GESTA.online – herausgegebene Gesetzesdokumentation steht seit August 2007 als Bestandteil des Dokumentations- und Informationssystems (DIP) über die Homepage des Deutschen Bundestages (http://www.bundestag.de oder direkt http://dipbt.bundestag.de/dip21.web/bt) online zur Verfügung. Sie finden die GESTA-Suche in der Erweiterten Suche nach Beratungsabläufen unter „Verkündung/Sonstiges“.

Dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts sind für die Abonnenten das Titelblatt, die Zeitliche Übersicht und das Sachverzeichnis für den Jahrgang 2016 des Bundesgesetzblatts Teil II beigefügt.

Gesetz zu dem Abkommen vom 31. Mai 2013 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerrat der Republik Albanien über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich

Vom 6. Januar 2017

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 31. Mai 2013 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerrat der Republik Albanien über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 12 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 6. Januar 2017

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister des Innern
Thomas de Maizière

Der Bundesminister des Auswärtigen
Steinmeier

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerrat der Republik Albanien über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich

Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Council of Ministers of the Republic of Albania on Cooperation in the Field of Security

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

der Ministerrat der Republik Albanien,

nachfolgend „Vertragsparteien“ genannt –

bestrebt, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Albanien weiter zu festigen und zu entwickeln,

in der Überzeugung, dass die Zusammenarbeit für die wirksame Verhinderung und Bekämpfung von Straftaten, insbesondere der Organisierten und der schweren Kriminalität, des Terrorismus, der Betäubungsmittelkriminalität, des illegalen Waffenhandels sowie der illegalen Migration und Einschleusung von Personen von wesentlicher Bedeutung ist,

geleitet von dem Bestreben, die Bürger ihrer Staaten und andere Personen in ihrem Hoheitsgebiet wirksam vor kriminellen Handlungen zu schützen,

eingedenk der Ziele und Prinzipien der völkerrechtlichen Übereinkünfte, die die beiden Staaten ratifiziert haben, sowie der Resolutionen der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen im Bereich der Kriminalitätsverhütung und -bekämpfung –

sind wie folgt übereingekommen:

The Government of the Federal Republic of Germany

and

the Council of Ministers of the Republic of Albania,

hereinafter referred to as the “Contracting Parties”,

Desiring to further consolidate and develop the friendly relations between the Federal Republic of Germany and the Republic of Albania,

Convinced that cooperation is extremely important for the effective prevention of and fight against crime, in particular organized and serious crime, terrorism, drug-related crime, arms trafficking, and illegal migration and the unlawful smuggling of persons,

Motivated by the desire to protect the citizens of their countries and other persons in their territory effectively against criminal acts,

Mindful of the aims and principles of international agreements which both Contracting Parties have ratified, and of the resolutions of the United Nations and its specialized agencies in the field of crime control and prevention,

Have agreed as follows:

Artikel 1

Gegenstand der Zusammenarbeit

(1) Die Vertragsparteien arbeiten durch ihre zuständigen Behörden bei der Verhütung, der Bekämpfung und der Aufklärung von Straftaten der Organisierten und der schweren Kriminalität sowie des Terrorismus zusammen.

(2) Die Zusammenarbeit umfasst insbesondere folgende Bereiche:

1. Straftaten gegen das Leben, den Körper und die Gesundheit sowie die persönliche Freiheit;
2. Terrorismus und Terrorismusfinanzierung;
3. unerlaubter Anbau, unerlaubte Herstellung, Gewinnung, Verarbeitung, Lagerung, Ein-, Aus- und Durchfuhr sowie unerlaubter Handel mit Betäubungsmitteln (Suchtstoffe, psychotrope Stoffe) sowie Stoffen, die häufig für die unerlaubte Herstellung von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen verwendet werden, im Weiteren „Grundstoffe“ genannt;
4. Zuhälterei und Menschenhandel;
5. Einschleusung von Personen und illegale Migration;

Article 1

Object of cooperation

(1) The Contracting Parties shall cooperate, through their competent authorities, to prevent, combat and investigate instances of organized or serious crime and acts of terrorism.

(2) Cooperation shall comprise in particular the following fields:

1. offences against life, body and health as well as personal freedom;
2. terrorism and terrorist financing;
3. unlawful cultivation, production, extraction, processing, storage, import, export or transit of or trafficking in narcotics (addictive substances, psychotropic substances) and substances frequently used to produce narcotics and psychotropic substances, hereinafter referred to as “precursor substances”;
4. pandering and trafficking in human beings;
5. smuggling of persons and illegal migration;

6. unerlaubte Herstellung von, unerlaubter Handel mit und Schmuggel von Waffen, Munition und Sprengstoff sowie von chemischen, biologischen, radioaktiven oder nuklearen Stoffen oder Waffen;
7. unerlaubter Handel mit Waren und Technologien mit einem möglichen doppelten Verwendungszweck;
8. unerlaubter Handel mit Kulturgut;
9. Betrug;
10. Herstellung und Verbreitung von Falschgeld, Fälschung von unbaren Zahlungsmitteln oder Wertpapieren sowie Verwendung gefälschter unbarer Zahlungsmittel oder Wertpapiere;
11. Herstellung falscher und Verfälschung amtlicher Dokumente und Urkunden, insbesondere Fälschung von Personalausweisen, Visa, Stempeln und Personenstandsurkunden;
12. Eigentumskriminalität;
13. internationale Verschiebung von Kraftfahrzeugen;
14. Steuer- und Zollhinterziehung;
15. Subventionsbetrug;
16. Korruption;
17. rechtswidrige Durchführung von Glücksspielen;
18. Geldwäsche;
19. Straftaten gegen die Umwelt;
20. Computerkriminalität;
21. Straftaten gegen das geistige Eigentum

sowie weitere Bereiche innerhalb der Zuständigkeitsbereiche der unter Artikel 6 aufgeführten Stellen.

(3) Die Vertragsparteien arbeiten insbesondere in den Fällen zusammen, in denen kriminelle Handlungen oder Vorbereitungen zu solchen Handlungen im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien begangen werden und es Anzeichen dafür gibt, dass diese Handlungen auch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei betreffen oder deren Sicherheit bedrohen können.

Artikel 2

Formen der Zusammenarbeit

Die Vertragsparteien arbeiten nach Maßgabe des Artikels 5 bei der Verhütung und Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, des Terrorismus und anderer Straftaten im Sinne des Artikels 1 zusammen. Zu diesem Zweck werden die Vertragsparteien im Rahmen ihrer Möglichkeiten

1. bedarfsorientiert Fachleute zur gegenseitigen Information über Arten und Methoden der Kriminalitätsverhütung und -bekämpfung und für besondere Formen der Kriminalitätsbekämpfung und der Kriminaltechnik austauschen,
2. Informationen und Personalien von Tatbeteiligten an Straftaten, insbesondere auch von Hinterleuten und Drahtziehern, Strukturen der Tätergruppen und kriminellen Organisationen und die Verbindungen zwischen ihnen, typisches Täter- und Gruppenverhalten, den Sachverhalt, insbesondere die Tatzeit, den Tatort, die Begehungsweise, die Tatmittel, Besonderheiten sowie die verletzten Strafnormen und getroffenen Maßnahmen einander mitteilen, soweit dies für die Bekämpfung von Straftaten oder zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist,
3. auf Ersuchen die nach dem Recht der jeweils ersuchten Vertragspartei zulässigen Maßnahmen durchführen, wobei sie die Anwesenheit von Vertretern der zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei bei der Durchführung operativer Maßnahmen gestatten können,

6. unlawful manufacturing of, illicit trade in and smuggling of weapons, ammunition, explosives and chemical, biological, radioactive or nuclear material and weapons;
7. unlawful trade in potential dual-use goods and technologies;
8. illicit trade in cultural property;
9. fraud;
10. production and dissemination of counterfeit money, falsification of means of non-cash payment or securities or use of falsified means of non-cash payment or securities;
11. forgery or falsification of official documents and certificates, in particular forgery of identity cards, visas, stamps and documents concerning civil status;
12. property-related crime;
13. international illicit trafficking in motor vehicles;
14. evasion of taxes and customs duties;
15. subsidy fraud;
16. corruption;
17. unlawful gambling;
18. money laundering;
19. offences against the environment;
20. computer crime;
21. intellectual property crime;

as well as other areas within the purview of the agencies mentioned under Article 6.

(3) The Contracting Parties shall cooperate particularly in cases involving the commission of criminal activities or preparations for criminal activity in the territory of one of the Contracting Parties and if there is reason to believe that these activities have the capacity to affect the territory of the other Contracting Party or to pose a threat to its security.

Article 2

Types of cooperation

The Contracting Parties shall cooperate in accordance with Article 5 below to prevent and combat organized crime, terrorism and other criminal offences within the meaning of Article 1 above. To this end, the Contracting Parties shall, in line with their abilities,

1. exchange experts, in line with demand, to provide one another with information regarding the types and methods of crime prevention and suppression, and for particular forms of crime suppression and forensic science;
2. inform each other about the particulars of those involved in criminal offences, especially of those organizing behind the scenes, structures of offender groups and criminal organizations and the links between them, typical behaviour patterns of offenders and groups of offenders, facts related to crimes, in particular when, where and how they were committed, the means and resources used by the offender, any particularities, the penal provisions which have been violated and the measures which have been taken, as far as necessary to prevent criminal offences or to avert a substantial threat to public security which may exist in a given case;
3. carry out, upon request, measures which are admissible under the law of the requested Contracting Party; they may grant representatives of the competent authorities of the other Contracting Party permission to attend the implementation of any such operational measures;

4. bei operativen Ermittlungen durch aufeinander abgestimmte polizeiliche Maßnahmen zusammenarbeiten und dabei personell, materiell und organisatorisch Unterstützung leisten,
5. Erfahrungen und Informationen insbesondere über gebräuchliche Methoden der internationalen Kriminalität sowie besondere, neue Formen der Straftatbegehung austauschen,
6. bei Bedarf kriminalistische und kriminologische Forschungsergebnisse austauschen,
7. im Bereich der kriminalistischen Begutachtung zusammenarbeiten,
8. einander Muster von Gegenständen, die aus Straftaten erlangt oder für diese verwendet worden sind oder mit welchen Missbrauch getrieben wird, zur Verfügung stellen,
9. Fachleute zur Fortbildung und zum Erfahrungsaustausch entsenden,
10. im Bereich der Fachaus- und Fortbildung zusammenarbeiten,
11. nach Bedarf und im Rahmen konkreter Ermittlungsverfahren zur Vorbereitung und Durchführung gemeinsamer Maßnahmen Arbeitstreffen abhalten.

Artikel 3

Zusammenarbeit bei der Verhütung und der Bekämpfung der Betäubungsmittelkriminalität

Die Vertragsparteien werden zum Zwecke der Verhütung und der Bekämpfung von unerlaubtem Anbau, unerlaubter Herstellung, Gewinnung, Verarbeitung, Lagerung, Ein-, Aus- und Durchfuhr sowie unerlaubtem Handel mit Betäubungsmitteln sowie Grundstoffen nach Maßgabe des Artikels 5 insbesondere

1. Personalien und andere verfahrensbezogene Erkenntnisse über die an der unerlaubten Herstellung von Betäubungsmitteln sowie Grundstoffen und dem unerlaubten Handel mit diesen Substanzen beteiligten Personen, Verstecke und Transportmittel, Arbeitsweisen, Herkunfts- und Bestimmungsorte der Stoffe sowie besondere Einzelheiten eines Falles mitteilen, soweit dies für die Bekämpfung von Straftaten oder zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist,
2. auf Ersuchen kontrollierte Lieferungen und andere besondere Ermittlungsmaßnahmen im Hinblick auf den unerlaubten Handel mit Betäubungsmitteln sowie Grundstoffen durchführen und der anderen Vertragspartei die gewonnenen sachdienlichen Erkenntnisse mitteilen,
3. Informationen über gebräuchliche Methoden des illegalen grenzüberschreitenden Verkehrs von Betäubungsmitteln sowie Grundstoffen zur Verfügung stellen,
4. kriminalistische und kriminologische Forschungsergebnisse zu Rauschgifthandel und -missbrauch austauschen,
5. einander Informationen über neue Suchtstoffe und andere gefährliche Stoffe sowohl pflanzlicher wie auch synthetischer Herkunft, mit welchen Missbrauch getrieben wird, zur Verfügung stellen,
6. Erfahrungen über die Überwachung des legalen Verkehrs von Betäubungsmitteln sowie Grundstoffen im Hinblick auf mögliche unerlaubte Abzweigungen austauschen,
7. gemeinsam Maßnahmen durchführen, die zur Verhinderung unerlaubter Abzweigungen aus dem legalen Verkehr erforderlich sind und über die Verpflichtungen der Vertragsparteien aufgrund der geltenden Suchtstoffübereinkommen hinausgehen,
8. gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung der unerlaubten Herstellung synthetischer Drogen durchführen.

4. cooperate in the course of operative investigations through coordinated police measures, granting support in terms of staff, material and organization in doing so;
5. exchange experience and information in particular on common methods of international crime and special, new forms of committing crimes;
6. exchange forensic and criminological research findings as needed;
7. cooperate in the field of forensic assessments;
8. provide the other Contracting Party with samples of objects and substances obtained from or used in criminal activities or that could be abused;
9. second experts for advanced training and exchange of experience;
10. cooperate in the field of basic and advanced technical training;
11. hold working meetings as needed and as part of concrete investigations to prepare and conduct joint measures.

Article 3

Cooperation to prevent and combat drug-related crime

In order to prevent and combat the unlawful cultivation, production, extraction, processing, storage, import, export or transit of or trafficking in narcotics and precursor substances, the Contracting Parties shall, in accordance with Article 5, in particular:

1. provide the particulars of and other case-related findings about persons involved in the unlawful production of narcotics and precursor substances and the trafficking in such substances, about hiding places and means of transport, methods, places of origin and destination of substances and any particularities of a case, as far as necessary to combat crimes or to avert a substantial threat to public security which may exist in a given case;
2. conduct, upon request, controlled deliveries and other special investigation measures related to the unlawful trafficking in narcotics and precursor substances and provide the other Contracting Party with any helpful findings gathered;
3. provide information about common methods of unlawful cross-border trafficking in narcotics and precursor substances;
4. exchange forensic and criminological research results related to drug trafficking and drug abuse;
5. provide one another with information about new addictive or otherwise dangerous natural or synthetic substances which are abused;
6. share experience with regard to monitoring the lawful trade in narcotics and precursor substances which may be diverted unlawfully;
7. jointly carry out measures to prevent the unlawful diversion of substances from legal trade which go beyond their obligations arising from applicable narcotics control agreements;
8. carry out joint measures to combat the unlawful production of synthetic drugs.

Artikel 4

Informationsersuchen

(1) Die Übermittlung von Informationen erfolgt nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts durch die nach Artikel 6 zuständigen Stellen der einen Vertragspartei auf schriftliches Ersuchen der zuständigen Stellen der anderen Vertragspartei. In dringenden Fällen kann das Ersuchen auch mündlich übermittelt werden, es muss aber unverzüglich innerhalb von drei Arbeitstagen schriftlich bestätigt werden.

(2) Das Ersuchen nach Absatz 1 erfolgt in deutscher oder englischer Sprache oder in einer anderen, von den Vertragsparteien vereinbarten Sprache und enthält

1. Angaben zum Zweck des Ersuchens;
2. die zur Erfüllung des Ersuchens erforderlichen Informationen;
3. die Angabe, welche Informationen übermittelt werden sollen;
4. die Fristen für die Erfüllung des Ersuchens, soweit dies notwendig ist.

(3) Die zuständigen Stellen jeder Vertragspartei teilen nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts den zuständigen Stellen der anderen Vertragspartei auch ohne Ersuchen Informationen mit, wenn diese für die andere Vertragspartei bei der Bekämpfung und Aufklärung von Straftaten der Organisierten und der schweren Kriminalität oder des Terrorismus von Bedeutung sind.

(4) Übermittelte Informationen dürfen ohne vorherige schriftliche Zustimmung der übermittelnden Partei nicht an Dritte weitergegeben werden.

Article 4

Information requests

(1) Information shall be transmitted, subject to the national law, by the responsible agencies of one Contracting Party in line with Article 6 upon a written request of the competent agencies of the other Contracting Party. In urgent cases, requests may also be made verbally; however, verbal requests must be confirmed in writing without delay and, in any event, within three working days.

(2) Requests in line with paragraph 1 above shall be made in German or in English or in another language agreed upon by the Contracting Parties, and shall contain:

1. information concerning the purpose of the request;
2. the information needed to meet the request;
3. a statement as to what items of information are to be transmitted; and
4. any deadlines within which to meet a request, as necessary.

(3) The competent agencies of each Contracting Party shall, in line with its national law, also in the absence of a request, provide the competent agencies of the other Contracting Party with any information which are of importance to the latter to combat or investigate organized or serious crimes or acts of terrorism.

(4) Any information that has been transmitted must not be disclosed to third parties without prior written consent by the communicating Party.

Artikel 5

Beachtung der Gesetze und sonstigen Vorschriften der Vertragsparteien und Verhältnis zu anderen völkerrechtlichen Verträgen

(1) Die Zusammenarbeit der Vertragsparteien in allen in diesem Abkommen genannten Bereichen erfolgt nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts.

(2) Durch dieses Abkommen werden die aus zweiseitigen oder mehrseitigen Übereinkünften herrührenden Verpflichtungen der Vertragsparteien nicht berührt.

(3) Durch dieses Abkommen werden die innerstaatlichen Bestimmungen über die Auslieferung und die sonstige Rechtshilfe in Strafsachen, über die Amts- und Rechtshilfe in Fiskalsachen und über die Exportkontrolle sowie die jeweils geltende Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Albanien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern von Einkommen und vom Vermögen und sonstige in zweiseitigen und mehrseitigen Verträgen enthaltenen Verpflichtungen der Vertragsparteien nicht berührt. Dieses Abkommen ist keine Grundlage für Ersuchen zur Übermittlung von Daten oder Informationen zum Zwecke der Verwendung als Beweismittel in Strafverfahren. Daten oder Informationen, die nach diesem Abkommen übermittelt wurden, dürfen ohne die vorherige Zustimmung der übermittelnden Vertragspartei, die nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts und in Übereinstimmung mit den anwendbaren zweiseitigen oder mehrseitigen Übereinkünften über die Rechtshilfe in Strafsachen zu erteilen ist, nicht zu diesem Zweck verwendet werden.

Article 5

Compliance with laws and other provisions of the Contracting Parties and relationship to other international treaties

(1) Cooperation of the Contracting Parties in all fields mentioned in this Agreement shall be governed by their national law.

(2) This Agreement shall not affect the obligations of the Contracting Parties arising from bilateral or multilateral agreements.

(3) This Agreement shall affect neither the national regulations governing extradition and any other judicial assistance in criminal matters, and administrative and judicial assistance in fiscal matters, nor export controls, nor the applicable Agreement between the Federal Republic of Germany and the Republic of Albania for the Avoidance of Double Taxation with respect to Taxes on Income and Property, nor any of the Contracting Parties' obligations arising from bilateral or multilateral agreements. This Agreement does not provide a basis for requests to communicate data or information to be used as evidence in criminal proceedings. Data or information communicated in line with this Agreement must not be used for this purpose without the prior consent of the communicating Contracting Party, which is to be given in accordance with national law and in compliance with any applicable bilateral or multilateral agreements on mutual assistance in criminal matters.

Artikel 6

Zuständige Stellen

(1) Zum Zwecke der Umsetzung dieses Abkommens erfolgt die Zusammenarbeit der Vertragsparteien unmittelbar zwischen den nachfolgend genannten zuständigen Stellen und von diesen jeweils benannten Experten.

1. Zuständige Stellen sind auf Seiten der Regierung der Bundesrepublik Deutschland:

Article 6

Competent agencies

(1) For the purpose of implementing this Agreement, cooperation between the Contracting Parties shall take place directly between the competent agencies referred to below and through experts designated by them.

1. For the Government of the Federal Republic of Germany, the competent agencies are:

a) das Bundesministerium des Innern;

b) das Bundesministerium der Finanzen;

c) das Bundesministerium für Gesundheit;

d) das Bundeskriminalamt;

e) das Bundespolizeipräsidium;

f) das Zollkriminalamt;

g) das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte.

2. Zuständige Stellen sind auf Seiten der Regierung der Republik Albanien:

a) das Innenministerium;

b) das Finanzministerium (das Generaldirektorat des Zolls, das Generaldirektorat zur Geldwäschebekämpfung);

c) die Staatspolizei.

(2) Die Vertragsparteien zeigen einander auf diplomatischem Weg Änderungen der Zuständigkeiten oder Bezeichnungen der Behörden an, die dieses Abkommen durchführen.

a) the Federal Ministry of the Interior (Bundesministerium des Innern);

b) the Federal Ministry of Finance (Bundesministerium der Finanzen);

c) the Federal Ministry of Health (Bundesmininsterium für Gesundheit);

d) the Federal Criminal Police Office (Bundeskriminalamt);

e) the Federal Police Headquarters (Bundespolizeipräsidium);

f) the Customs Criminological Office (Zollkriminalamt);

g) the Federal Institute for Drugs and Medical Devices (Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte).

2. For the Government of the Republic of Albania, the competent agencies are:

a) the Ministry of Interior;

b) the Ministry of Finance (Directorate General of Customs, Directorate General of Prevention of Money Laundering);

c) the State Police.

(2) The Contracting Parties shall notify each other through diplomatic channels of any changes in competences or designation of the authorities responsible for implementing this Agreement.

Artikel 7

Konsultationen, Durchführungsprotokoll

Die Vertragsparteien halten bei Bedarf nach Vereinbarung Konsultationen zum Zwecke der Wirksamkeit der Zusammenarbeit nach den Artikeln 1 bis 4 ab. Einzelheiten und Verfahren der in den Artikeln 1 bis 4 vereinbarten Zusammenarbeit können in einem gesonderten Durchführungsprotokoll festgelegt werden.

Article 7

Consultations; Implementing Protocol

The Contracting Parties shall agree to hold consultations to make cooperation under Articles 1 to 4 effective whenever they deem it necessary. Details and proceedings with regard to cooperation under Article 1 to 4 may be laid down in a separate Implementing Protocol.

Artikel 8

Schutz personenbezogener Daten

Unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts jeder Vertragspartei erfolgen Übermittlung und Verwendung von personenbezogenen Daten, im Weiteren „Daten“ genannt, im Rahmen dieses Abkommens durch die in Artikel 6 genannten Stellen der Vertragsparteien nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die empfangende Stelle einer Vertragspartei unterrichtet die übermittelnde Stelle der anderen Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.

2. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu den in diesem Abkommen bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zur Verhütung und Ermittlung von schwerwiegenden Straftaten sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit zulässig.

3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung unverzüglich vorzunehmen.

Article 8

Protection of personal data

In compliance with the national law of each Contracting Party, personal data, hereinafter referred to as “data”, shall be communicated and used in the framework of this Agreement by the agencies of the Contracting Parties referred to in Article 6 in accordance with the following provisions:

1. The receiving agency of one Contracting Party shall, upon request, notify the communicating agency of the other Contracting Party as to how the communicated data are used and of any results achieved.

2. The receiving agency shall use the data only for the purposes set forth in this Agreement and on the terms specified by the communicating agency. Furthermore, it shall be permissible to use any such data for the prevention and prosecution of serious criminal offences and for the purpose of averting serious danger to public security.

3. The communicating agency shall ensure that the data to be communicated are accurate, and that the purpose of the data communication is both necessary and appropriate. In so doing, they shall respect the communication bans applicable under the relevant national law. The data shall not be communicated if the communicating agency has any grounds to assume that doing so would violate national law or harm the interests of the data subjects which are worthy of protection. If it is found that data have been communicated that are inaccurate or should not have been communicated, the receiving agency shall be informed thereof immediately. The receiving agency shall correct or delete the data without delay.

4. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Daten sowie über deren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Sein Recht auf Auskunftserteilung richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird. Die Erteilung einer solchen Auskunft kann verweigert werden, wenn das Interesse des Staates, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Antragstellers überwiegt.

5. Wird jemand im Zusammenhang mit Datenübermittlungen nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, so ist ihm die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Sie kann sich gegenüber dem Geschädigten nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig oder unzulässigerweise übermittelten Daten verursacht wurde, erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.

6. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung von Daten auf die nach ihrem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Fristen für die Aufbewahrung dieser Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssen. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang der Daten aktenkundig zu machen.

8. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 9

Entsendung von Verbindungsbeamten

(1) Eine Vertragspartei kann bei Bedarf mit Zustimmung der anderen Vertragspartei zu deren Polizeibehörden Verbindungsbeamte entsenden.

(2) Die Verbindungsbeamten werden ohne selbständige Wahrnehmung hoheitlicher Befugnisse unterstützend und beratend tätig. Sie erteilen Informationen und erledigen ihre Aufgaben im Rahmen der Weisungen der entsendenden Vertragspartei unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts der empfangenden Vertragspartei.

Artikel 10

Sicherheit von Reisedokumenten

Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Fälschungssicherheit ihrer Reisedokumente auf höchstem Niveau zu gewährleisten. In Anbetracht dessen, dass beide Staaten Reisedokumente verwenden, die internationalen Standards genügen, werden sie ihre Reisedokumente hinsichtlich der Einhaltung der von der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) empfohlenen Mindestsicherheitsstandards für maschinenlesbare Reisedokumente überprüfen und gegebenenfalls notwendige Anpassungen so kurzfristig wie möglich vornehmen. Außerdem werden sie die notwendigen technischen Entwicklungsarbeiten vorantreiben, um biometrische Merkmale in ihre jeweiligen Reisedokumente aufzunehmen, soweit nicht bereits geschehen. Die Vertragsparteien unterstützen die Standardisierungsbemühungen der ICAO unter Berücksichtigung der diesbezüglichen Empfehlungen. Die Vertragsparteien arbeiten im Bereich der Sicherheit von Reisedokumenten zusammen, werden einander über die für ihre jeweiligen Reisedokumente getroffenen Maßnahmen unterrichten und tauschen Muster von Reisedokumenten aus.

4. Upon request, the data subject shall be provided with information about the data communicated with regard to him/her and about the intended use of such data. His or her right to information shall be based on the national law of the Contracting Party on whose territory the request for information has been filed. Such information may be refused if the interests of the agency requesting the information are outweighed by the interests of the state in refusing to provide the information.

5. If anyone is harmed unlawfully as a result of data communication based on this Agreement, the receiving agency shall be obligated to compensate him or her for such damage in accordance with its national law. The receiving agency may not refer the affected person to the communicating agency as having caused the harm. If the receiving agency compensates for damage caused by the use of improperly or unlawfully communicated data, the communicating agency shall reimburse the receiving agency for the total amount of compensation paid.

6. When communicating data, the communicating agency shall indicate any time limits for the retention of these data in accordance with its national law, after which time the data must be deleted. Irrespective of these time limits, the data communicated shall be deleted as soon as they are no longer required for the purpose for which they were communicated.

7. The communicating and the receiving agencies are obligated to keep a written record of the communication and receipt of the data.

8. The communicating agency and the receiving agency shall ensure that the data communicated are effectively protected against unauthorized access, unauthorized alteration and unauthorized disclosure.

Article 9

Secondment of liaison officers

(1) As and when required, a Contracting Party may second liaison officers to the police authorities of the other Contracting Party, provided the latter has given its consent.

(2) Such liaison officers shall assist and provide advice, without exercising sovereign powers independently. They shall provide information and discharge their tasks as instructed by the seconding Contracting Party, complying with the national law of the receiving Contracting Party.

Article 10

Security of travel documents

The Contracting Parties undertake to guarantee the highest level of protection of their travel documents against forgery. Given the fact that both countries use travel documents which meet international standards, they shall review them for compliance with the minimum security standards for machine-readable travel documents recommended by the International Civil Aviation Organization (ICAO), and, where necessary, adapt them as soon as possible. They shall also advance the necessary technical developments in order to incorporate biometric features into their travel documents, if they have not already done so. The Contracting Parties shall support ICAO's standardization efforts, taking into account the relevant ICAO recommendations. The Contracting Parties shall cooperate in the field of security of travel documents, inform one another about the measures taken with regard to their own travel documents and exchange sample travel documents.

Artikel 11

Grenzen der Zusammenarbeit

Jede Vertragspartei kann die Zusammenarbeit nach diesem Abkommen ganz oder teilweise verweigern oder von Bedingungen abhängig machen, wenn die Zusammenarbeit

1. ihre Souveränität, ihre Sicherheit oder andere wesentliche Interessen beeinträchtigt,
2. im Widerspruch zu ihren innerstaatlichen Gesetzen steht,
3. ihre Ermittlungen oder laufenden Maßnahmen gefährdet,
4. einer in ihrem Hoheitsgebiet erlassenen richterlichen Anordnung widerspricht,
5. sich auf eine Handlung bezieht, die nach den Gesetzen einer der beiden Vertragsparteien keine strafbare Handlung ist.

Die die Zusammenarbeit ablehnende Vertragspartei hat die ersuchende Vertragspartei über die der Ablehnung zugrunde liegenden Gründe schriftlich zu informieren.

Artikel 12

Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander auf diplomatischem Wege schriftlich mitgeteilt haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

Artikel 13

Geltungsdauer

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann von jeder Vertragspartei auf diplomatischem Wege schriftlich gekündigt werden. Das Abkommen tritt drei Monate nach Zugang der Kündigung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft.

Artikel 14

Registrierung

Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland veranlasst.

Geschehen zu Berlin am 31. Mai 2013 in zwei Urschriften, jede in deutscher, albanischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des albanischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Article 11

Limits of cooperation

Either Contracting Party may refuse cooperation under this Agreement in part or entirely, or make it conditional on specific requirements, if such cooperation:

1. impairs its sovereignty, security or other important interests;
2. is in conflict with its national laws;
3. jeopardizes its investigations or current measures;
4. is in conflict with a court order handed down on its territory;
5. is related to an activity which is not punishable under the laws of either Contracting Party.

The Contracting Party refusing to cooperate shall inform the requesting Contracting Party in writing of the reasons for such refusal.

Article 12

Entry into Force

This Agreement shall enter into force on the date on which the Contracting Parties have notified each other in writing through diplomatic channels that the national requirements for the entry into force have been fulfilled. The relevant date shall be the day on which the last notification was received.

Article 13

Duration

This Agreement shall be concluded for an unlimited period of time. It may be terminated by either Contracting Party in writing through diplomatic channels. The Agreement shall cease to have effect three months after receipt of the notice of termination by the other Contracting Party.

Article 14

Registration

The registration of this Agreement with the Secretariat of the United Nations pursuant to Article 102 of the Charter of the United Nations shall be arranged for by the Government of the Federal Republic of Germany immediately after the Agreement's entry into force.

Done at Berlin on 31.05.2013 in two originals in the German, Albanian and English languages, all three texts being authentic. In case of divergent interpretations of the German and Albanian texts, the English text shall prevail.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany

Dr. Emily Haber
Dr. Hans-Peter Friedrich

Für den Ministerrat der Republik Albanien
For the Council of Ministers of the Republic of Albania

Flamur Noka

Gesetz zu dem Abkommen vom 9. Juli 2014 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Georgien über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, des Terrorismus und anderer Straftaten von erheblicher Bedeutung

Vom 6. Januar 2017

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 9. Juli 2014 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Georgien über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, des Terrorismus und anderer Straftaten von erheblicher Bedeutung wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 12 Absatz 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 6. Januar 2017

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister des Innern
Thomas de Maizière

Der Bundesminister des Auswärtigen
Steinmeier

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Georgien über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Terrorismus und anderer Straftaten von erheblicher Bedeutung

Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of Georgia on Cooperation in Combating Organized Crime, Terrorism and Other Serious Criminal Offences

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung von Georgien,

im Folgenden als „Vertragsparteien“ bezeichnet –

eingedenk der großen Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit zur Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität, insbesondere der organisierten Kriminalität, des Terrorismus, der Kriminalität im Zusammenhang mit Betäubungsmitteln und Vorläufersubstanzen, des illegalen Waffenhandels sowie der illegalen Einschleusung von Personen,

in dem Bestreben, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Georgien zu fördern,

in dem Wunsch, ihre Zusammenarbeit in allen Bereichen ihrer jeweiligen Zuständigkeit zu verstärken und sich gegenseitig zu unterstützen,

in der Überzeugung, so zur Entwicklung der guten Beziehungen zwischen den beiden befreundeten Ländern beizutragen,

im Hinblick auf die allgemein anerkannten Normen und Grundsätze des Völkerrechts und auf die völkerrechtlichen Verträge, die die beiden Staaten ratifiziert haben und die den Geltungsbereich dieses Abkommens betreffen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien arbeiten nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts durch ihre zuständigen Behörden bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Terrorismus und anderer Straftaten von erheblicher Bedeutung zusammen.

(2) Die Zusammenarbeit umfasst insbesondere folgende Bereiche:

1. Straftaten gegen das Leben, den Körper und die Gesundheit,
2. Terrorismus,
3. unerlaubter Anbau, unerlaubte Herstellung, Gewinnung, Verarbeitung, Lagerung, Ein-, Aus- und Durchfuhr von sowie Handel mit Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen, im Folgenden als „Rauschgift“ bezeichnet, sowie von beziehungsweise mit Vorläufersubstanzen hierzu,
4. unerlaubte Herstellung von, unerlaubter Handel mit und Schmuggel von Waffen, Munition und Sprengstoff sowie von chemischen, biologischen, nuklearen und sonstigen radioaktiven Stoffen beziehungsweise Waffen,
5. Einschleusung von Personen, Menschenhandel und illegale Migration,

The Government of the Federal Republic of Germany

and

the Government of Georgia,

hereinafter referred to as the “Contracting Parties”,

Mindful of the huge importance attached to international cooperation aimed at preventing and combating crime, particularly organized crime, terrorism, crime involving narcotic drugs and precursor substances, arms trafficking, and unlawful smuggling of persons;

Motivated by the desire to promote the friendly relations between the Federal Republic of Germany and Georgia;

Desiring to intensify cooperation in all areas of their respective competence and to support one another;

Convinced that thus they will contribute to the good relations between the two countries, which are on friendly terms;

Considering the universally recognized norms and principles of international law and those international treaties which the two states have ratified and which concern the scope of this Agreement,

Have agreed as follows:

Article 1

(1) The Contracting Parties shall cooperate through their competent authorities in accordance with their national law in combating organized crime, terrorism and other serious crimes.

(2) Cooperation shall cover in particular the following fields:

1. offences against life, body and health;
2. terrorism;
3. unlawful cultivation, production, extraction, processing, storage, import, export, and transit of or trafficking in narcotic drugs and psychotropic substances, hereinafter referred to as “narcotic drugs”, as well as precursor substances;
4. unlawful manufacturing of, illicit trade in and smuggling of weapons, ammunition, explosives and chemical, biological, nuclear and other radioactive material and weapons;
5. smuggling of humans, human trafficking and illegal migration;

6. Erpressung,
7. Geldwäsche,
8. Herstellung, Besitz und Verbreitung von Falschgeld, Fälschung oder Verfälschung oder Verwendung von ge- oder verfälschten unbaren Zahlungsmitteln oder Wertpapieren,
9. Herstellung falscher und Verfälschung amtlicher Dokumente und Urkunden,
10. Warenschmuggel,
11. Eigentumsdelikte,
12. Datennetzkriminalität,
13. Korruption,
14. Straftaten gegen das kulturelle Erbe.

(3) Die beiden Vertragsparteien arbeiten insbesondere in den Fällen zusammen, in denen kriminelle Handlungen oder Vorbereitungen zu solchen Handlungen im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien begangen werden und es Anzeichen dafür gibt, dass diese Handlungen auch die andere Vertragspartei betreffen.

Artikel 2

(1) Zum Zweck der Durchführung dieses Abkommens erfolgt die Zusammenarbeit der Vertragsparteien unmittelbar zwischen den nachfolgend genannten Stellen in deren Zuständigkeitsbereich.

Auf Seiten der Regierung der Bundesrepublik Deutschland:

1. Bundesministerium des Innern,
2. Bundesministerium der Finanzen,
3. Bundesministerium für Gesundheit,
4. Bundeskriminalamt,
5. Bundespolizeipräsidium,
6. Zollkriminalamt,
7. Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte.

Auf Seiten der Regierung von Georgien:

1. Ministerium für innere Angelegenheiten,
2. Ministerium der Finanzen.

(2) Die Vertragsparteien zeigen einander auf diplomatischem Weg Änderungen der Zuständigkeiten oder Bezeichnungen der Behörden an, die dieses Abkommen durchführen.

Artikel 3

Zum Zweck der Durchführung dieses Abkommens werden die Vertragsparteien soweit wie möglich und im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts

1. Informationen über begangene oder geplante Straftaten, über Tätergruppen, deren Strukturen, Verbindungen und Methoden ihrer Tätigkeit austauschen, soweit dies für die Verhütung, Ermittlung und Aufklärung von Straftaten nach Artikel 1 Absatz 1 erforderlich ist,
2. auf Ersuchen die nach dem Recht der jeweils ersuchten Vertragspartei zulässigen Maßnahmen einschließlich abgestimmter operativer Maßnahmen zur Verhütung, Ermittlung und Aufklärung von Straftaten durchführen,
3. gemeinsame Maßnahmen zur Verhinderung der unerlaubten Herstellung von und des unerlaubten Verkehrs mit Rauschgift und Vorläufersubstanzen durchführen,
4. bei Bedarf Verbindungsbeamte entsenden,

6. extortion;
7. money laundering;
8. production, possession or dissemination of counterfeit money, falsification, forgery or use of forged or falsified means of non-cash payment or securities;
9. forgery or falsification of official documents and certificates;
10. smuggling of goods;
11. property-related crimes;
12. cybercrime;
13. corruption;
14. cultural heritage-related crime.

(3) The two Contracting Parties shall cooperate particularly in cases involving the commission of criminal acts or preparations for such acts on the sovereign territory of one of the Contracting Parties and if there is evidence to suggest that these acts have the capacity to affect the other Contracting Party.

Article 2

(1) For the purpose of implementing this Agreement, cooperation between the Contracting Parties shall take place directly between the agencies referred to below in their area of competence.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

1. Federal Ministry of the Interior (Bundesministerium des Innern),
2. Federal Ministry of Finance (Bundesministerium der Finanzen),
3. Federal Ministry of Health (Bundesministerium für Gesundheit),
4. Federal Criminal Police Office (Bundeskriminalamt),
5. Federal Police Headquarters (Bundespolizeipräsidium),
6. Customs Criminological Office (Zollkriminalamt),
7. Federal Institute for Drugs and Medical Devices (Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte);

For the Government of Georgia:

1. Ministry of Internal Affairs,
2. Ministry of Finance.

(2) The Contracting Parties shall notify each other through diplomatic channels of any changes in competences or designation of the public authorities implementing this Agreement.

Article 3

For the purposes of implementing this Agreement, the Contracting Parties shall as far as possible and within the framework of their national law:

1. exchange information on criminal offences already committed or planned, on groups of perpetrators, their structures, links and methods of their activities, insofar as this is necessary to prevent, investigate and solve serious crimes pursuant to paragraph 1 of Article 1;
2. upon request and in compliance with the law of the requested Contracting Party, take all permissible measures including coordinated operational measures to prevent, investigate and solve crimes;
3. take joint measures to prevent the unlawful manufacturing of and trafficking in narcotic drugs and precursor substances;
4. deploy liaison officers as necessary;

5. einander Muster von Gegenständen und Stoffen, die aus Straftaten erlangt oder für diese verwendet wurden oder werden können, zur Verfügung stellen,
6. nach Möglichkeit Fachleute zur Fortbildung und zum Erfahrungsaustausch entsenden, um sich über neueste kriminalistische Techniken, Geräte und Methoden auszutauschen,
7. kriminalistisch-kriminologische Forschungsergebnisse austauschen,
8. Informationen über Gewinne, die durch Straftaten erzielt wurden, austauschen.

5. provide each other with samples of objects and substances obtained from or used in criminal offences or that could be used for such offences;
6. send experts for advanced training and exchange of experience, where possible, in order to exchange information about the latest forensic techniques, devices and methods;
7. exchange results of criminological and forensic research;
8. exchange information about proceeds from crimes.

Artikel 4

Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Fälschungssicherheit ihrer Reisedokumente auf höchstem Niveau zu gewährleisten. In Anbetracht dessen, dass beide Vertragsparteien Reisedokumente verwenden, die internationalen Standards genügen, müssen sie ihre Reisedokumente hinsichtlich der Einhaltung der von der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) empfohlenen Mindestsicherheitsstandards für maschinenlesbare Reisedokumente überprüfen und gegebenenfalls notwendige Anpassungen so kurzfristig wie möglich vornehmen. Außerdem werden sie die notwendigen technischen Entwicklungsarbeiten vorantreiben, um biometrische Merkmale in ihre jeweiligen Reisedokumente aufzunehmen, soweit nicht bereits geschehen. Die Vertragsparteien unterstützen die Standardisierungsbemühungen der ICAO unter Berücksichtigung der diesbezüglichen ICAO-Empfehlungen. Die Vertragsparteien arbeiten im Bereich der Sicherheit von Reisedokumenten zusammen, unterrichten einander über die für ihre jeweiligen Reisedokumente getroffenen Maßnahmen und tauschen Muster von Reisedokumenten aus.

Article 4

The Contracting Parties undertake to guarantee the highest level of protection of travel documents against forgery. Considering the fact that both Contracting Parties use travel documents meeting the international standards they must review them for compliance with the minimum security standards for machine-readable travel documents recommended by the International Civil Aviation Organization (ICAO), and, where necessary, adapt them as soon as possible. They shall also advance the necessary work on technical developments in order to incorporate biometric features into their travel documents, if they have not already done so. The Contracting Parties shall support ICAO's standardization efforts, taking into account the relevant ICAO recommendations. The Contracting Parties shall cooperate in the field of travel document security, inform one another about the measures taken with regard to their own travel documents and exchange travel document samples.

Artikel 5

(1) Die Vertragsparteien führen zur Bewertung der Durchführung dieses Abkommens und der Zweckmäßigkeit seiner Ergänzung oder Änderung bei Bedarf Konsultationen durch.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können Arbeitsgruppen einrichten, Expertentreffen durchführen und Vereinbarungen zur Durchführung dieses Abkommens schließen.

Article 5

(1) The Contracting Parties shall enter into consultations, if necessary, in order to evaluate the implementation of this Agreement and the expediency of any supplements or amendments.

(2) The competent authorities of the Contracting Parties may set up working groups, organize meetings between experts and conclude agreements on the implementation of this Agreement.

Artikel 6

(1) Jede Vertragspartei kann die Erfüllung eines Ersuchens ganz oder teilweise verweigern oder sie von Bedingungen abhängig machen, wenn dieses Ersuchen ihre Souveränität, ihre Sicherheit, die öffentliche Ordnung oder andere wesentliche Interessen ihrerseits beeinträchtigen kann oder wenn es ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften widerspricht.

(2) Die Erfüllung eines Ersuchens kann auch verweigert werden, wenn die Handlung, derentwegen das Ersuchen erging, nach dem Recht der ersuchten Vertragspartei keine strafbare Handlung ist.

(3) Die ersuchende Vertragspartei wird über die Verweigerung, in der Regel unter Angabe der Gründe, schriftlich unterrichtet.

Article 6

(1) Each Contracting Party may refuse in full or in part to comply with a request or make it contingent on conditions if compliance with the request could affect its sovereignty, security, the public order or other important interests or if it is inconsistent with its national legal provisions.

(2) Compliance with a request may also be refused if the act on account of which the request was filed does not constitute an offence under the law of the requested Contracting Party.

(3) The requesting Contracting Party shall be notified of refusal in writing; as a rule, the reasons for refusal shall be stated.

Artikel 7

Unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts jeder Vertragspartei erfolgen Übermittlung und Verwendung von personenbezogenen Daten, im Folgenden als „Daten“ bezeichnet, im Rahmen dieses Abkommens durch die in Artikel 2 genannten Stellen der Vertragsparteien nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die empfangende Stelle einer Vertragspartei unterrichtet die übermittelnde Stelle der anderen Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu den in diesem Abkommen bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig.

Article 7

In compliance with the national law of each Contracting Party, personal data, hereinafter referred to as “data”, shall be communicated and used in the framework of this Agreement by the agencies of the Contracting Parties referred to in Article 2 in accordance with the following provisions:

1. The receiving agency of one Contracting Party shall, upon request, notify the communicating agency of the other Contracting Party as to how the data were used and of any results achieved.
2. The receiving agency shall use the data only for the purposes set forth in this Agreement and on the terms specified by the communicating agency.

3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht hätten übermittelt werden dürfen, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Sie ist verpflichtet, die Daten unverzüglich zu berichtigen oder zu löschen.

4. Einer betroffenen Person ist auf Antrag über die zu ihr vorhandenen Daten sowie über deren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Ihr Recht auf Auskunftserteilung richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird. Die Erteilung der Auskunft kann verweigert werden, wenn das Interesse des Staates, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Antragstellers überwiegt.

5. Wird jemand im Zusammenhang mit Datenübermittlungen aufgrund dieses Abkommens rechtswidrig geschädigt, ist die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Sie kann sich gegenüber dem Geschädigten nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig übermittelten Daten verursacht wurde, erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.

6. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung von Daten auf die nach ihrem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Fristen für die Aufbewahrung dieser Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssen. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle stellen sicher, dass die Übermittlung und der Empfang der Daten aktenkundig gemacht werden.

8. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 8

Anfragen, Informationen und Dokumente, die nach Maßgabe dieses Abkommens eingehen, werden auf begründete Bitte der übermittelnden Stelle von der anderen Vertragspartei vertraulich behandelt.

Artikel 9

(1) Die Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens erfolgt nach Möglichkeit in einer Sprache der empfangenden Vertragspartei. Ist dies nicht möglich, stellt die übermittelnde Vertragspartei sicher, dass eine englische Übersetzung angefertigt wird.

(2) Ersuchen um Auskunft oder Durchführung von Maßnahmen nach diesem Abkommen werden von den in Artikel 2 genannten zuständigen Stellen schriftlich direkt übermittelt. In dringenden Fällen können Ersuchen auch mündlich übermittelt werden, sie müssen aber unverzüglich schriftlich bestätigt werden.

(3) Kosten, die im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Abkommens entstehen, werden, soweit die Vertragsparteien

3. The communicating agency shall ensure that the data to be communicated are accurate, and that the data communication is both necessary and appropriate for the specific purpose. In so doing, they shall respect the communication bans applicable under the relevant national law. The data shall not be communicated if the communicating agency has any grounds to assume that doing so could violate national law or harm the legitimate interests of the affected persons. If it is found that data have been communicated that are inaccurate or that should not have been communicated, the receiving agency shall be informed of this fact immediately. The receiving agency must correct or delete the data without delay.

4. Upon request, affected persons shall be provided with information about their data and about the intended use of such data. Their right to information shall be based on the national law of the Contracting Party on whose territory the request for information has been filed. The information may be refused if the interests of the person requesting the information are outweighed by the interests of the state in refusing to provide the information.

5. If anyone is harmed unlawfully as a result of data communication based on this Agreement, the receiving agency shall be obligated to compensate for such damage in accordance with its national law. The receiving agency may not claim, vis-à-vis the affected person, that the communicating agency caused the damage. If the receiving agency compensates for such damage caused by the use of improperly communicated data, the communicating agency shall reimburse the receiving agency for the total amount of compensation paid.

6. When communicating data, the communicating agency shall indicate any time limits for the retention of these data in accordance with its national law, after which time the data must be deleted. Irrespective of these time limits, the data communicated shall be deleted as soon as they are no longer required for the purpose for which they were communicated.

7. The communicating agency and the receiving agency shall ensure that a record of the communication and receipt of data is kept on file.

8. The communicating agency and the receiving agency shall ensure that the data communicated are effectively protected against unauthorized access, unauthorized alteration and unauthorized disclosure.

Article 8

Inquiries, information and documents received under the terms of this Agreement shall be treated confidentially by the other Contracting Party if the communicating agency so requests, giving reasons for such request.

Article 9

(1) Cooperation under this Agreement shall, wherever possible, be conducted in a language of the receiving Contracting Party. If this is impossible, the communicating Contracting Party shall ensure that an English translation is prepared.

(2) Requests for information or for the implementation of measures under this Agreement shall be transmitted in writing directly via the competent agencies referred to in Article 2. In urgent cases, requests may also be made orally; however, oral requests must be confirmed in writing without delay.

(3) Expenses related to the implementation of this Agreement shall be assumed by the Contracting Party on whose territory the

nichts anderes vereinbart haben, von der Vertragspartei getragen, in deren Hoheitsgebiet sie entstanden sind.

Artikel 10

Durch das Abkommen werden die innerstaatlichen Bestimmungen über die Auslieferung und die sonstige Rechtshilfe in Strafsachen sowie über die Amts- und Rechtshilfe in Fiskalsachen und sonstige in zweiseitigen und mehrseitigen Verträgen enthaltenen Verpflichtungen der Vertragsparteien nicht berührt. Das Abkommen stellt keine Grundlage für Ersuchen zur Übermittlung von Daten oder Informationen zum Zwecke der Verwertung als Beweismittel in einem gerichtlichen Verfahren in strafrechtlichen Angelegenheiten dar. Daten oder Informationen, die auf Grundlage dieses Abkommens übermittelt wurden, dürfen nicht für diese Zwecke ohne vorherige schriftliche Zustimmung der übermittelnden Vertragspartei in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht und sonstigen in zweiseitigen oder mehrseitigen Verträgen enthaltenen Verpflichtungen zur Rechtshilfe in Strafsachen verwendet werden.

Artikel 11

Das Abkommen kann durch eine schriftliche Vereinbarung der Vertragsparteien geändert oder ergänzt werden. Die Änderungen und Ergänzungen werden in einem Protokoll festgelegt und sind Teil dieses Abkommens. Sie treten gemäß Artikel 12 in Kraft.

Artikel 12

(1) Das Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Das Abkommen tritt nach Ablauf eines Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander auf diplomatischen Wege schriftlich mitgeteilt haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind, wobei der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung maßgeblich ist.

(3) Jede der Vertragsparteien kann dieses Abkommen auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Tag wirksam, an dem sie der anderen Vertragspartei zugegangen ist.

Artikel 13

Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland veranlasst. Die andere Vertragspartei wird unter Angabe der erteilten VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Geschehen zu Berlin am 9. Juli 2014 in zwei Urschriften in deutscher, georgischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung der Bestimmungen des Abkommens ist der englische Wortlaut maßgebend.

costs were incurred, unless the Contracting Parties have agreed otherwise.

Article 10

This Agreement shall not affect the national regulations governing extradition, any other judicial assistance in criminal matters, administrative and judicial assistance in fiscal matters or any of the Contracting Parties' obligations arising from bilateral or multilateral agreements. This Agreement shall not serve as a basis for requesting the transmission of data or information for the purpose of using it as evidence in criminal proceedings. Data and information transmitted on the basis of this Agreement must not be used for such purposes without the prior written consent of the communicating Contracting Party in accordance with national law and other obligations arising from bilateral or multilateral agreements on mutual assistance in criminal matters.

Article 11

This Agreement may be amended or supplemented by a written agreement between the Contracting Parties to this effect. Amendments and supplements shall be laid down in a protocol and shall form part of this Agreement. They shall enter into force in accordance with Article 12.

Article 12

(1) This Agreement shall be concluded for an unlimited period of time.

(2) This Agreement shall enter into force one month after the date on which the Contracting Parties notify each other in writing through diplomatic channels that the domestic requirements for entry into force have been fulfilled; the relevant date shall be the day on which the last notification was received.

(3) This Agreement may be terminated by either Contracting Party in writing through diplomatic channels. The termination shall take effect six months after the date on which the other Contracting Party received it.

Article 13

Registration of this Agreement with the Secretariat of the United Nations, in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations, shall be initiated by the Government of the Federal Republic of Germany immediately following its entry into force. The other Contracting Party shall be informed of registration, and of the UN registration number, as soon as this has been confirmed by the Secretariat of the United Nations.

Done at Berlin on 09.07.2014 in two originals in the German, Georgian and English languages, all three texts being authentic. In case of divergent interpretations of the provisions of this Agreement the English text shall prevail.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany

Dr. Patricia Flor
Dr. Thomas de Maizière

Für die Regierung von Georgien
For the Government of Georgia

Aleksandre Tchikaidze

Gesetz zu dem Abkommen vom 22. März 2016 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Serbien über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich

Vom 6. Januar 2017

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 22. März 2016 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Serbien über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 11 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 6. Januar 2017

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister des Innern
Thomas de Maizière

Der Bundesminister des Auswärtigen
Steinmeier

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Serbien über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich

Споразум између Владе Савезне Републике Немачке и Владе Републике Србије о сарадњи у области безбедности

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Serbien,

nachfolgend „Vertragsparteien“ genannt –

bestrebt, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Serbien weiter zu festigen und zu entwickeln,

in der Überzeugung, dass die Zusammenarbeit für die wirksame Verhinderung und Bekämpfung von Straftaten, insbesondere der Organisierten und der schweren Kriminalität, des Terrorismus, der Betäubungsmittelkriminalität, des illegalen Waffenhandels sowie der illegalen Migration und Einschleusung von Personen von großer Bedeutung ist,

geleitet von dem Bestreben, die Bürger ihrer Staaten und andere Personen in ihrem Hoheitsgebiet wirksam vor Straftaten zu schützen,

eingedenk der Ziele und Prinzipien der völkerrechtlichen Übereinkünfte, die die beiden Staaten ratifiziert haben, sowie der Resolutionen der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung –

sind wie folgt übereingekommen:

Влада Савезне Републике Немачке

и

Влада Републике Србије

(у даљем тексту: стране уговорнице)

у настојању да наставе учвршћивање и развијање пријатељских односа између Савезне Републике Немачке и Републике Србије,

у уверењу да је сарадња од великог значаја за ефикасно спречавање и сузбијање кривичних дела, посебно организованог и тешког криминала, тероризма, криминала у вези са опојним дрогама, илегалне трговине оружјем, као и илегалне миграције и кријумчарења људи преко државне границе,

вођене намером да на својој државној територији грађане својих држава као и друга лица ефикасно штите од кривичних дела,

у складу са циљевима и начелима међународних уговора које су потврдиле обе државе, као и резолуцијама Уједињених нација и њихових посебних организација у области сузбијања криминала,

споразумеле су се као што следи:

Artikel 1

Gegenstand der Zusammenarbeit

(1) Die Vertragsparteien arbeiten durch ihre zuständigen Behörden bei der Verhütung, der Bekämpfung und der Aufklärung von Straftaten der Organisierten und der schweren Kriminalität zusammen.

(2) Die Zusammenarbeit umfasst insbesondere folgende Bereiche:

1. Straftaten gegen das Leben, den Körper und die Gesundheit sowie die persönliche Freiheit;
2. Terrorismus und Terrorismusfinanzierung;
3. unerlaubten Anbau, unerlaubte Herstellung, Gewinnung, Verarbeitung, Lagerung, Ein-, Aus- und Durchfuhr sowie unerlaubten Handel mit Betäubungsmitteln, psychotropen Stoffen und Vorläufersubstanzen;
4. Zuhälterei und Menschenhandel;
5. Einschleusung von Personen und illegale Migration;
6. unerlaubte Herstellung, unerlaubten Handel mit und Schmuggel von Waffen, Munition und Sprengstoff sowie radioaktivem Material;

Члан 1.

Предмет сарадње

(1) Стране уговорнице међусобно сарађују преко својих надлежних органа на превенцији, сузбијању и расветљавању кривичних дела организованог и тешког криминала.

(2) Та сарадња посебно обухвата следеће области:

1. кривична дела против живота, тела, здравља и личне слободе;
2. тероризам и финансирање тероризма;
3. неовлашћено гајење, неовлашћена производња, добијање, прерада, складиштење, увоз, извоз или превоз као и недозвољена трговина опојним дрогама, психотропним супстанцама и прекурсорима;
4. посредовање у вршењу проституције и трговина људима;
5. кријумчарење људи и илегална миграција;
6. недозвољена производња, недозвољена трговина и кријумчарење оружја, муниције и експлозивних материја, као и радиоактивног материјала;

7. unerlaubten Handel mit Waren und Technologien mit einem möglichen doppelten Verwendungszweck;
8. unerlaubten Handel mit Kulturgut;
9. Erpressung, Schutzgelderpressung und erpresserischer Menschenraub;
10. Herstellung und Verbreitung von Falschgeld, Fälschung von unbaren Zahlungsmitteln oder Wertpapieren sowie Verwendung gefälschter unbarer Zahlungsmittel oder Wertpapiere;
11. Herstellung falscher und Verfälschung amtlicher Dokumente und Urkunden;
12. Eigentumskriminalität;
13. internationale Verschiebung von Kraftfahrzeugen;
14. Betrug, einschließlich Subventionsbetrug;
15. Steuer- und Zollhinterziehung;
16. Korruption;
17. Falschspiel und unerlaubtes Glücksspiel;
18. Geldwäsche;
19. Straftaten gegen die Umwelt;
20. Computerkriminalität;
21. Straftaten gegen das geistige Eigentum.

(3) Die Vertragsparteien arbeiten insbesondere in den Fällen zusammen, in denen kriminelle Handlungen oder Vorbereitungen zu solchen Handlungen im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien begangen werden und es Anzeichen dafür gibt, dass diese Handlungen auch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei betreffen oder deren Sicherheit bedrohen können.

Artikel 2

Formen der Zusammenarbeit

Die Vertragsparteien arbeiten nach Maßgabe des Artikels 5 bei der Verhütung und Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, des Terrorismus und anderer Straftaten im Sinne des Artikels 1 zusammen. Zu diesem Zweck werden die Vertragsparteien

1. bedarfsorientiert Fachleute zur gegenseitigen Information über Arten und Methoden der Kriminalitätsverhütung und -bekämpfung und für besondere Formen der Kriminalitätsbekämpfung und der Kriminaltechnik austauschen;
2. Informationen und Personalien von Tatbeteiligten an Straftaten, Strukturen der Tätergruppen und kriminellen Organisationen und die Verbindungen zwischen ihnen, typisches Täter- und Gruppenverhalten, den Sachverhalt, insbesondere die Tatzeit, den Tatort, die Begehungsweise, die Tatmittel, Besonderheiten sowie die verletzten Strafnormen und getroffenen Maßnahmen einander mitteilen, soweit dies für die Bekämpfung von Straftaten oder zur Abwehr einer erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit im Einzelfall erforderlich ist;
3. auf Ersuchen die nach dem Recht der jeweils ersuchten Vertragspartei zulässigen Maßnahmen durchführen, wobei sie die Anwesenheit von Vertretern der zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei bei der Durchführung operativer Maßnahmen gestatten können;
4. bei operativen Ermittlungen durch aufeinander abgestimmte polizeiliche Maßnahmen zusammenarbeiten und dabei personell, materiell und organisatorisch Unterstützung leisten;

7. недозвољена трговина робама и технологијама са могућом двоструком наменом;
8. недозвољена трговина културним добрима;
9. уцена, изнуда и отмица;
10. производња и стављање у промет фалсификованог новца, фалсификовање неготовинских платних средстава или вредносних папира, као и употреба фалсификованих неготовинских платних средстава или вредносних папира;
11. производња фалсификованих или преправљање службених докумената и исправа;
12. имовински криминал;
13. међународно кријумчарење возила;
14. превара, укључујући и превару која се односи на субвенције;
15. утаја пореза и царинских дажбина;
16. корупција;
17. превара у играма на срећу и недозвољено организовање игара на срећу;
18. прање новца;
19. кривична дела против животне средине;
20. високотехнолошки криминал;
21. кривична дела против интелектуалне својине.

(3) Стране уговорнице ће међусобно сарађивати, посебно у случајевима у којима се врше кривичне радње или се припремају такве радње на државној територији једне од страна уговорница, а постоје индиције да се те радње могу односити и на државну територију друге стране уговорнице или могу представљати опасност за њену безбедност.

Члан 2.

Облици сарадње

Стране уговорнице ће у складу са одредбама члана 5. овог споразума међусобно сарађивати на превенцији и сузбијању организованог криминала, тероризма и других кривичних дела из члана 1. овог споразума. У ту сврху стране уговорнице ће:

1. по потреби размењивати стручњаке са циљем међусобног обавештавања о врстама и методама превенције и сузбијања криминала, као и стручњаке за сузбијање посебних облика сузбијања криминала и криминалистичке технике;
2. саопштавати једна другој информације и личне податке о учесницима у кривичним делима, о структури група извршилаца и криминалних организација, о њиховим међусобним везама, о типичном понашању извршилаца и група, о чињеничном стању, посебно о времену, месту и начину извршења кривичног дела, о средствима извршења кривичног дела, специфичностима, као и о прекршеним одредбама кривичног законика и предузетим мерама, уколико је то потребно за сузбијање кривичних дела или у конкретном случају, за отклањање значајне опасности за јавну безбедност;
3. на захтев спровести мере дозвољене у складу са одредбама националног законодавства оне стране уговорнице којој је упућен захтев, при чему стране уговорнице могу одобрити присуство представника надлежних органа друге стране уговорнице приликом спровођења оперативних мера;
4. кроз међусобно усклађене полицијске мере сарађивати у оперативним истрагама, као и једна другој пружати персоналну, материјалну и организациону помоћ;

5. Erfahrungen und Informationen insbesondere über gebräuchliche Methoden der internationalen Kriminalität sowie besondere, neue Erscheinungsformen der Straftatbegehung austauschen;
6. im Bereich des Zeugenschutzes im Zuständigkeitsbereich der Polizei zusammenarbeiten;
7. bei Bedarf kriminalistische und kriminologische Forschungsergebnisse austauschen;
8. im Bereich der kriminalistischen Begutachtung zusammenarbeiten;
9. einander Muster von Gegenständen, die aus Straftaten erlangt oder für diese verwendet worden sind oder mit welchen Missbrauch getrieben wird, zur Verfügung stellen;
10. nach Möglichkeit Fachleute zur Fortbildung und zum Erfahrungsaustausch entsenden;
11. im Bereich der Fachaus- und Fortbildung zusammenarbeiten;
12. nach Bedarf und im Rahmen konkreter Ermittlungsverfahren zur Vorbereitung und Durchführung gemeinsamer Maßnahmen Arbeitstreffen abhalten.

Artikel 3

Zusammenarbeit bei der Verhütung und der Bekämpfung der Betäubungsmittelkriminalität

Die Vertragsparteien werden zum Zwecke der Verhütung und der Bekämpfung von unerlaubtem Anbau, unerlaubter Herstellung, Gewinnung, Verarbeitung, Lagerung, Ein-, Aus- und Durchfuhr sowie unerlaubtem Handel mit Betäubungsmitteln, psychotropen Stoffen sowie Vorläufersubstanzen hierzu nach Maßgabe des Artikels 5 insbesondere

1. Personalien und andere verfahrensbezogene Erkenntnisse über die an der unerlaubten Herstellung von Betäubungsmitteln, psychotropen Stoffen und Vorläufersubstanzen und dem unerlaubten Handel mit diesen Stoffen beteiligten Personen, Verstecke und Transportmittel, Arbeitsweisen, Herkunfts- und Bestimmungsorte der Stoffe sowie besondere Einzelheiten eines Falles mitteilen, soweit dies für die Bekämpfung von Straftaten oder zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist;
2. auf Ersuchen kontrollierte Lieferungen und andere besondere Ermittlungsmaßnahmen im Hinblick auf den unerlaubten Handel mit Betäubungsmitteln, psychotropen Stoffen und Vorläufersubstanzen durchführen und der anderen Vertragspartei die gewonnenen sachdienlichen Erkenntnisse mitteilen;
3. Informationen über gebräuchliche Methoden des illegalen grenzüberschreitenden Verkehrs mit Betäubungsmitteln, psychotropen Stoffen sowie Vorläufersubstanzen mitteilen;
4. kriminalistische und kriminologische Forschungsergebnisse zum Handel und Missbrauch von Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen austauschen;
5. einander Informationen über neue Suchtstoffe und andere gefährliche Stoffe sowohl pflanzlicher wie auch synthetischer Herkunft, mit welchen Missbrauch getrieben wird, zur Verfügung stellen;
6. Erfahrungen über die Überwachung des legalen Verkehrs mit Betäubungsmitteln, psychotropen Stoffen und Vorläufersubstanzen, die zu deren illegalen Herstellung benötigt werden, im Hinblick auf mögliche unerlaubte Abzweigungen austauschen;
7. gemeinsam Maßnahmen durchführen, die zur Verhinderung unerlaubter Abzweigungen aus dem legalen Verkehr erforderlich sind und über die Verpflichtungen der Vertragsparteien

5. размењивати искуства и информације, посебно о уобичајеним методама међународног криминала као и о посебним, новим појавним облицима вршења кривичног дела;
6. сарађивати у области заштите сведока из делокруга надлежности полиције;
7. по потреби размењивати резултате криминалистичких и криминолошких истраживања;
8. сарађивати у области криминалистичког вештачења;
9. међусобно ставити на располагање узорке предмета стечених извршењем кривичних дела или употребљених за извршење кривичних дела или који се злоупотребљавају;
10. према могућностима упутити стручњаке са циљем стручног усавршавања и размене искустава;
11. сарађивати у области стручног образовања и усавршавања;
12. по потреби и у оквиру конкретних истражних поступака са циљем припреме и спровођења заједничких мера одржавати радне састанке.

Члан 3.

Сарадња приликом превенције и сузбијања криминала у вези са опојним дрогама

У циљу превенције и сузбијања неовлашћеног гајења, неовлашћене производње, добијања, прераде, складиштења, увоза, извоза и превоза опојних дрога као и неовлашћене трговине опојним дрогама, психотропним супстанцама и прекурсорима, стране уговорнице ће у складу са одредбама члана 5. овог споразума нарочито чинити следеће:

1. саопштавати једна другој личне податке и друга сазнања која се односе на поступак о лицима која учествују у неовлашћеној производњи опојних дрога, психотропних супстанци и прекурсора, као и неовлашћеној трговини таквим материјама, податке о скровиштима и превозним средствима, начину рада, местима порекла и дестинацијама дистрибуције опојних дрога, као и посебне појединости случаја, уколико је то потребно за сузбијање кривичних дела или у конкретном случају за отклањање значајне опасности за јавну безбедност;
2. на захтев спровести контролисане испоруке и друге посебне истражне мере у вези са неовлашћеном трговином опојним дрогама, психотропним супстанцама и прекурсорима, као и другу страну уговорницу обавестити о добијеним сазнањима;
3. саопштавати једна другој информације о уобичајеним методама илегалне, прекограничне трговине опојним дрогама, психотропним супстанцама и прекурсорима;
4. размењивати резултате криминалистичких и криминолошких истраживања о трговини опојним дрогама и психотропним супстанцама и злоупотреби истих;
5. достављати једна другој информације о новим опојним и другим опасним супстанцама које се злоупотребљавају, а које су биљног или синтетичког порекла;
6. размењивати искуства у надзору над легалним прометом опојних дрога, психотропних супстанци и прекурсора који су неопходни за њихову неовлашћену производњу, и то у вези с могућим неовлашћеним преусмеравањем ових материја у нелегалне токове;
7. заједно спровести мере које су неопходне за спречавање неовлашћеног преусмеравања ових материја у нелегалне токове, а које надилазе обавезе страна уговорница из

aufgrund der geltenden Suchtstoffübereinkommen hinausgehen;

8. gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung der unerlaubten Herstellung synthetischer Drogen durchführen.

Artikel 4

Informationsersuchen

(1) Die Übermittlung von Informationen erfolgt durch die nach Artikel 6 zuständigen Stellen der einen Vertragspartei auf schriftliches Ersuchen der zuständigen Stellen der anderen Vertragspartei. In dringenden Fällen kann das Ersuchen auch mündlich übermittelt werden, es muss aber unverzüglich schriftlich bestätigt werden.

(2) Das Ersuchen nach Absatz 1 erfolgt in deutscher oder serbischer Sprache oder in einer anderen, von den Vertragsparteien vereinbarten Sprache, und enthält

1. Angaben zum Zweck des Ersuchens,
2. die zur Erfüllung des Ersuchens erforderlichen Informationen,
3. die Angabe, welche Informationen übermittelt werden sollen, und
4. die Fristen für die Erfüllung des Ersuchens, soweit dies notwendig ist.

(3) Die zuständigen Stellen der einen Vertragspartei teilen nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts den zuständigen Stellen der anderen Vertragspartei auch ohne Ersuchen Informationen mit, wenn diese für die andere Vertragspartei bei der Bekämpfung und Aufklärung von Straftaten der Organisierten und der schweren Kriminalität von Bedeutung sind.

(4) Übermittelte Informationen dürfen ohne vorherige schriftliche Zustimmung der übermittelnden Partei nicht an Dritte weitergegeben werden.

Artikel 5

Beachtung der Gesetze und sonstigen Vorschriften der Vertragsparteien und Verhältnis zu anderen völkerrechtlichen Verträgen

(1) Die Zusammenarbeit der Vertragsparteien in allen in diesem Abkommen genannten Bereichen erfolgt nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts.

(2) Durch dieses Abkommen werden die aus zweiseitigen oder mehrseitigen Übereinkünften herrührenden Verpflichtungen der Vertragsparteien nicht berührt.

(3) Durch dieses Abkommen werden die innerstaatlichen Bestimmungen über die Auslieferung und die sonstige Rechtshilfe in Strafsachen sowie über die Amts- und Rechtshilfe in Fiskalsachen und sonstige in zweiseitigen und mehrseitigen Verträgen enthaltenen Verpflichtungen der Vertragsparteien nicht berührt. Dieses Abkommen ist keine Grundlage für Ersuchen zur Übermittlung von Daten oder Informationen zum Zwecke der Verwendung als Beweismittel in Strafverfahren. Daten oder Informationen, die nach diesem Abkommen übermittelt wurden, dürfen ohne die vorherige Zustimmung der übermittelnden Vertragspartei, die nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts und in Übereinstimmung mit den anwendbaren zweiseitigen oder mehrseitigen Übereinkünften über die Rechtshilfe in Strafsachen zu erteilen ist, nicht zu diesem Zweck verwendet werden.

Artikel 6

Zuständige Stellen

(1) Zum Zwecke der Umsetzung dieses Abkommens erfolgt die Zusammenarbeit der Vertragsparteien unmittelbar zwischen den nachfolgend genannten zuständigen Stellen und von diesen jeweils benannten Experten.

важећих конвенција у области опојних дрога;

8. спровести заједничке мере са циљем сузбијања неовлашћене производње синтетичких дрога.

Члан 4.

Захтев за достављање информација

(1) Достављање информација врше органи једне стране уговорнице који су надлежни у складу са одредбама члана 6. овог споразума на писмени захтев надлежних органа друге стране уговорнице. У хитним случајевима захтев се може поднети и усмено, с тим да буде без одлагања потврђен писменим путем.

(2) Захтев из става 1. овог члана подноси се на немачком или српском или неком другом језику који су обе стране споразумно одабрале, и садржи:

1. податке о сврси захтева;
2. информације потребне за испуњавање захтева;
3. податак о томе које информације треба доставити и
4. рокове за испуњавање захтева, уколико је то потребно.

(3) У складу са својим националним законодавством надлежни органи једне стране уговорнице ће саопштити надлежним органима друге стране уговорнице информације и без претходно поднетог захтева, уколико су исте од значаја за другу страну уговорницу у сузбијању и расветљавању кривичних дела организованог и тешког криминала.

(4) Достављене информације се не прослеђују трећој страни без претходног писменог одобрења стране уговорнице која је те информације доставила.

Члан 5.

Поштовање закона и осталих прописа страна уговорница и однос према другим међународним споразумима

(1) Стране уговорнице сарађују у свим областима наведеним у овом споразуму у складу са својим националним законодавством.

(2) Овај споразум не утиче на обавезе страна уговорница које произилазе из билатералних или мултилатералних споразума.

(3) Овај споразум не утиче на одредбе националног законодавства о изручењу и другој правној помоћи у кривичним стварима нити на одредбе националног законодавства о административној и правној помоћи у фискалним стварима нити на остале обавезе страна уговорница које произлазе из билатералних и мултилатералних споразума. Овај споразум не представља основ за подношење захтева за достављање података или информација са циљем њиховог коришћења као доказ у кривичним поступцима. Подаци или информације достављене у складу са одредбама овог споразума, не смеју се употребљавати у ту сврху без претходног одобрења стране уговорнице која их доставља, а која ће то одобрити у складу са националним законодавством и у складу са важећим одредбама из билатералних или мултилатералних споразума о пружању правне помоћи у кривичним стварима.

Члан 6.

Надлежни органи

(1) У циљу спровођења овог споразума сарадња између страна уговорница одвијаће се непосредно између доле наведених надлежних органа и стручњака које ће ти органи именовати.

1. Zuständige Stellen sind auf Seiten der Regierung der Bundesrepublik Deutschland:
   a) Bundesministerium des Innern,
   b) Bundesministerium der Finanzen,
   c) Bundesministerium für Gesundheit,
   d) Bundeskriminalamt,
   e) Bundespolizeipräsidium,
   f) Zollkriminalamt,
   g) Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte.
2. Zuständige Stellen sind auf Seiten der Regierung der Republik Serbien
   a) Innenministerium,
   b) Finanzministerium,
   c) Gesundheitsministerium.

(2) Die Vertragsparteien zeigen einander auf diplomatischem Weg Änderungen der Zuständigkeiten oder Bezeichnungen der Behörden an, die dieses Abkommen durchführen.

Artikel 7

Konsultationen und Durchführungsprotokoll

Die Vertragsparteien halten bei Bedarf nach Vereinbarung Konsultationen zum Zwecke der Wirksamkeit der Zusammenarbeit nach den Artikeln 1 bis 4 ab. Einzelheiten und Verfahren der in den Artikeln 1 bis 4 vereinbarten Zusammenarbeit können in einem gesonderten Durchführungsprotokoll festgelegt werden.

Artikel 8

Schutz personenbezogener Daten

Unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts jeder Vertragspartei erfolgen Übermittlung und Verwendung von personenbezogenen Daten, im Weiteren Daten genannt, im Rahmen dieses Abkommens durch die in Artikel 6 genannten Stellen der Vertragsparteien nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die empfangende Stelle einer Vertragspartei unterrichtet die übermittelnde Stelle der anderen Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu den in diesem Abkommen bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zur Verhütung und Ermittlung von schwerwiegenden Straftaten sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit zulässig.
3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung unverzüglich vorzunehmen.
4. Einer Person ist auf Antrag über die zu ihr vorhandenen Daten sowie über deren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Ihr Recht auf Auskunftserteilung richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird. Die Erteilung einer

1. Надлежни органи на страни Владе Савезне Републике Немачке су:
   а) Савезно министарство унутрашњих послова
   б) Савезно министарство финансија,
   в) Савезно министарство здравља,
   г) Савезна криминалистичка служба,
   д) Дирекција Савезне полиције,
   ђ) Царинска криминалистичка служба и
   е) Савезни институт за лекове и медицинске производе.
2. Надлежни органи на страни Владе Републике Србије су:
   а) Министарство унутрашњих послова,
   б) Министарство финансија и
   в) Министарство здравља.

(2) Стране уговорнице обавестиће дипломатским путем једна другу о изменама у надлежностима или називу органа који спроводе овај споразум.

Члан 7.

Консултације и Протокол о спровођењу

Стране уговорнице одржаће по потреби и по претходном договору консултације са циљем ефикасности сарадње предвиђене у складу са члановима од 1. до 4. овог споразума. Појединости и поступци сарадње договорене у складу са члановима од 1. до 4. овог споразума могу се утврдити посебним Протоколом о спровођењу.

Члан 8.

Заштита личних података

У складу са националним законодавством сваке стране уговорнице надлежни органи страна уговорница наведени у члану 6. овог споразума ће достављати и употребљавати личне податке, у даљем тексту: „податке“, у оквиру овог споразума у складу са следећим одредбама:

1. Орган стране уговорнице који прима податке, обавестиће орган друге стране уговорнице који је податке доставио, на захтев, о коришћењу достављених података и тиме постигнутним резултатима.
2. Прималац података користиће исте искључиво у сврхе одређене овим споразумом и у складу са условима које је одредио орган који је податке доставио. Коришћење тих података је, поред тога, дозвољено за спречавање и истрагу тешких кривичних дела као и у сврху отклањања значајних опасности за јавну безбедност.
3. Орган који доставља податке дужан је да води рачуна о тачности достављених података као и о неопходности и сразмерности у односу на циљ који се њиховим достављањем жели постићи. При томе, уважиће се важеће забране које национално законодавство предвиђа за достављање података. Уколико орган који доставља податке има разлога да претпостави да се достављањем података крше одредбе националног законодавства или се наноси штета битним интересима лица чији се подаци достављају, исти се неће доставити. У случају достављања нетачних података или података који се нису смели доставити, неопходно је да се о томе без одлагања обавести прималац података. Исти је дужан да достављене податке непосредно исправи или брише.
4. Лицу ће се на захтев пружити обавештење о подацима који о њему постоје и о сврси њиховог коришћења. Његово право на добијање таквог обавештења се заснива на националном законодавству стране уговорнице на чијој територији се подноси захтев о

solchen Auskunft kann verweigert werden, wenn das Interesse des Staates, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Antragstellers überwiegt.

5. Wird jemand im Zusammenhang mit Datenübermittlungen nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, so ist ihm die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Sie kann sich gegenüber dem Geschädigten nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig oder unzulässigerweise übermittelten Daten verursacht wurde, erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.
6. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung von Daten auf die nach ihrem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Fristen für die Aufbewahrung dieser Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssen. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle stellen sicher, dass die Übermittlung und der Empfang der Daten aktenkundig gemacht werden.
8. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

издавању таквог обавештења. Право на давање таквог обавештења се може ускратити ако интерес државе да се обавештење не да, има примат у односу на интересе подносиоца захтева.

5. Уколико се неком лицу у вези са достављањем података у складу са овим споразумом противправно нанесе штета, орган који је примио податке, дужан је да том лицу надокнади штету у складу са својим националним законодавством. Орган који је примио податке, не може се позвати на то да је штету проузроковао орган који је доставио податке. У случају да орган који је примио податке надокнади штету проузроковану коришћењем нетачних података или података чије достављање није одобрено, орган који је доставио податке надокнадиће органу које их је примио пуни износ надокнаде.
6. Орган који доставља податке ће приликом достављања података упозоравати на рокове за чување тих података предвиђене својим националним законодавством, по чијем истеку се исти бришу. Независно од наведених рокова, достављени подаци се бришу након што се испуни сврха за коју су достављени.
7. Орган који доставља податке и орган који их прима обезбедиће да се достављање и примање података евидентира.
8. Орган који доставља податке и орган који их прима дужни су да достављене податке ефикасно заштите од неовлашћеног приступа, неовлашћене измене и неовлашћеног објављивања.

Artikel 9

Entsendung von Verbindungsbeamten

(1) Eine Vertragspartei kann bei Bedarf mit Zustimmung der anderen Vertragspartei zu deren Polizeibehörden Verbindungsbeamte entsenden.

(2) Die Verbindungsbeamten werden ohne selbständige Wahrnehmung hoheitlicher Befugnisse unterstützend und beratend tätig. Sie erteilen Informationen und erledigen ihre Aufgaben im Rahmen der Weisungen der entsendenden Vertragspartei unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts der empfangenden Vertragspartei.

Члан 9.

Упућивање официра за везу

(1) Страна уговорница може по потреби и уз сагласност друге стране уговорнице упутити официре за везу полицијским органима друге стране уговорнице.

(2) Официри за везу имају саветодавну функцију и пружају помоћ без права на самостално вршење полицијских овлашћења на територији друге стране уговорнице. Они дају информације и обављају своје задатке у оквиру упутстава стране уговорнице која их шаље уз поштовање националног законодавства стране уговорнице која их прима.

Artikel 10

Grenzen der Zusammenarbeit

(1) Jede Vertragspartei kann die Zusammenarbeit nach diesem Abkommen ganz oder teilweise verweigern oder von Bedingungen abhängig machen, wenn die Zusammenarbeit

1. ihre Souveränität, ihre Sicherheit oder andere wesentliche Interessen beeinträchtigt,
2. im Widerspruch zu ihren innerstaatlichen Gesetzen steht,
3. ihre Ermittlungen oder laufenden Maßnahmen gefährdet,
4. einer in ihrem Hoheitsgebiet erlassenen richterlichen Anordnung widerspricht,
5. sich auf eine Handlung bezieht, die nach den Gesetzen einer der beiden Vertragsparteien nicht strafbar ist.

(2) Die die Zusammenarbeit ablehnende Vertragspartei hat die ersuchende Vertragspartei über die der Ablehnung zugrunde liegenden Gründe zu informieren.

Члан 10.

Границе сарадње

(1) Свака страна уговорница има право да делимично или потпуно одбије или услови сарадњу у оквиру овог споразума, уколико:

1. сарадња ограничава њен суверенитет, њену безбедност или друге значајне интересе,
2. је сарадња у супротности са њеним националним законодавством,
3. сарадња угрожава њене истраге или оперативне мере у току,
4. је сарадња у супротности са судском одлуком донетом на њеној државној територији,
5. се сарадња односи на радњу извршења која, у складу са законима једне од страна уговорница, није кажњива.

(2) Страна уговорница која одбија сарадњу дужна је да обавести другу страну уговорницу о разлозима њеног одбијања.

Artikel 11

Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander auf diplomatischem Wege schriftlich

Члан 11.

Ступање на снагу

Овај споразум ступа на снагу на дан када се стране уговорнице међусобно писмено буду обавестиле

mitgeteilt haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind, wobei der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung maßgeblich ist.

Artikel 12

Geltungsdauer

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann von jeder Vertragspartei auf diplomatischem Wege schriftlich gekündigt werden. Das Abkommen tritt drei Monate nach Eingang des Kündigungsschreibens bei der anderen Vertragspartei außer Kraft.

Artikel 13

Registrierung

Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland veranlasst.

Geschehen zu Berlin am 22. März 2016 in zwei Urschriften, jede in deutscher und serbischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

дипломатским путем да су испуњени услови за ступање на снагу овог споразума предвиђени њиховим националим законодавством, с тим да је меродаван дан пријема последњег обавештења.

Члан 12.

Рок важења

Овај споразум закључује се на неодређено време. Свака страна уговорница има право да га писмено дипломатским путем откаже. Споразум престаје да важи три месеца од дана када је друга страна уговорница примила обавештење о отказу.

Члан 13.

Регистровање

Непосредно након ступања на снагу овог споразума Влада Савезне Републике Немачке покренуће његову регистрацију код Секретаријата Уједињених нација у складу са чланом 102. Повеље Уједињених нација.

Сачињено у Berlin дана 22.03.2016 у два оригинална примерка, сваки на немачком и српском језику, при чему су оба текста подједнако веродостојна.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
За Владу Савезне Републике Немачке

Stephan Steinlein
Dr. Thomas de Maizière

Für die Regierung der Republik Serbien
За Владу Републике Србије

Nebojša Stefanović

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Postanschrift: 11015 Berlin
Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz
Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II
Postanschrift: 53094 Bonn
Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn
Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH
Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:
Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78
E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de
Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 63,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 4,85 € (3,80 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlag GmbH · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen

Vom 13. Dezember 2016

Das Internationale Übereinkommen vom 20. Dezember 2006 zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen (BGBl. 2009 II S. 932, 933; 2011 II S. 848) wird nach seinem Artikel 39 Absatz 2 für die

Schweiz* am 1. Januar 2017
nach Maßgabe von Erklärungen gemäß den Artikeln 31 und 32 des Übereinkommens

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 2. November 2016 (BGBl. II S. 1260).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter http://treaties.un.org einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Übereinkommen zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 13. Dezember 2016

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Michael Koch